S 20 (3) SB 290/00

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Nordrhein-Westfalen Sozialgericht Sozialgericht Sozialgericht Dortmund

Sachgebiet Entschädigungs-/Schwerbehindertenrecht

Abteilung 20
Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft -

Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 20 (3) SB 290/00

Datum 28.11.2001

2. Instanz

Aktenzeichen -Datum -

3. Instanz

Datum -

Der Bescheid vom 13.09.2000 in der Geschalt des Widerspruchsbescheides vom 21.11.2000 wird aufgehoben und der Beklagte wird verurteilt, bei der Klägerin ab dem 10.07.2000 das Vorliegen der gesundheitlichen Voraussetzungen für die Inanspruchnahme des Nachteilsausgleichs "aG" festzustellen. Der Beklagte trägt die notwendigen auÃ∏ergerichtlichen Kosten der Klägerin.

Tatbestand:

Zwischen den Beteiligten ist streitig, ob bei der Klägerin die gesundheitlichen Voraussetzungen für die Inanspruchnahme des Nachteilsausgleichs "aG" vorliegen.

Bei der geborenen KlĤgerin hatte der Beklagte mit Bescheid vom 22.09. 1999 einen GdB von 100 und die Nachteilsausgleiche "G" und "B" festgestellt, insbesondere wegen einer rheumatischen Arthritis, Schuppenflechte, WirbelsĤulenleiden, Bluthochdruck und einer seelischen Erkrankung.

Am 10.07.2000 beantragte die Klägerin die Feststellung des Nachteilsausgleichs "aG", da sie aufgrund der rheumatischen Erkrankungen nur noch kurze Strecken

gehen könne. Daraufhin holte der Beklagte einen Befundbericht von ein. Nach Auswertung durch den versorgungsärztlichen Dienst lehnte der Beklagte den Antrag der Klägerin auf Feststellung des Nachteilsausgleiches "aG" mit Bescheid vom 13.09.2000 ab, da die Gehfähigkeit der Klägerin nicht so stark eingeschränkt sei, wie bei Querschnittsgelähmten, Doppelober- oder Doppelunterschenkelamputierten oder bei einseitig Oberschenkelamputierten, die AuÃ∏erstande sind, ein Kunstbein zu tragen.

Gegen diesen Bescheid legte die Kl \tilde{A} μ gerin Widerspruch ein und reichte zur St \tilde{A} μ tzung ihres Begehrens ein Attest von zu den Akten. Der Beklagte wies den Widerspruch mit Bescheid vom 21.11.2000 zur \tilde{A} μ ck, da die Voraussetzungen f \tilde{A} μ ch Nachteilsausgleich "aG" weiterhin nicht gegeben seien.

Mit der am 21.12.2000 erhobenen Klage wiederholt die Klägerin im Wesent- lichen ihr Vorbringen im Verwaltungsverfahren.

Die KlĤgerin beantragt,

den Bescheid vom 13.09.2000 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 21.11.2000 aufzuheben und den Beklagten zu verurteilen, bei ihr ab dem 10.07.2000 das Vorliegen der gesundheitlichen Voraussetzungen f $\tilde{\rm A}^{1}\!\!/_{\!\!4}$ r die Inanspruchnahme des Nachteilsausgleichs "aG" festzustellen.

Der Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Er hält den angefochtenen Bescheid für rechtmäÃ□ig.

Das Gericht hat Beweis erhoben durch Einholung eines gerichtlichen SachverstĤndigengutachtens von dem Facharzt für OrthopĤdie und Rheumatologie aus Dortmund. Dieser sieht die Voraussetzungen fÃ⅓r den Nachteilsausgleich "aG" als gegeben an. Die Gehfähigkeit der Klägerin sei durch die rheumatische Arthritis auf das Schwerste eingeschränkt, weshalb die Klägerin mit der Vergleichsgruppe der Doppeloberschenkel- oder unterschenkelamputierten und der Querschnittsgelähmten gleichzustellen sei. Wegen des weiteren Ergebnisses der Beweisaufnahme wird auf den Inhalt des Gutachtens vom 17.05.2001 und auf den Inhalt der ergänzenden Stellungnahme vom 09.08.2001 Bezug genommen.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den sonstigen Inhalt der Gerichtsakten sowie den Inhalt der Verwaltungsakten des Beklagten verwiesen, die Gegenstand der mýndlichen Verhandlung gewesen sind.

Entscheidungsgründe:

Die Klage ist zulÄxssig und begrļndet. Die KlÄxgerin ist durch den angefochtenen Bescheid beschwert im Sinne des <u>ŧ 54 Abs. 2 Satz 1</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG),

denn sie hat einen Anspruch auf Feststellung des Nachteilsausgleichs "aG".

Das Versorgungsamt hat nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 der Schwerbehindertenausweisverordnung (SchwbAwV) i.V.m. § 6 Abs. 1 Nr. 14 StraÃ\(\)enverkehrsgesetz (StVG) die Voraussetzungen f\(\tilde{A}^1\)4r den begehrten Nachteilsausgleich festzustellen und das Merkzeichen "aG" in den Schwerbehindertenausweis einzutragen. Das Schwerbehindertenrecht legt nicht den durch straÄnenverkehrsrechtliche Vorschriften definierten Begriff. Danach ist au̸ergewöhnlich gehbehindert, wer sich wegen der Schwere seines Leidens dauernd nur mit fremder Hilfe oder nur mit gro̸er Anstrengung auÃ∏erhalb seines Fahrzeuges bewegen kann. Hierzu zählen: Querschnittsgelähmte, Doppeloberschenkel- oder Doppelunterschenkelamputierte, HÃ1/4ftexartikulierte und tragen oder nur eine Beckenkorbprothese tragen kA¶nnen oder zugleich nach versorgungsrechtlicher Feststellung dem vorstehend aufgefļhrten Personenkreis gleichzustellen sind (allgemeine Verwaltungsvorschriften zur Stra̸enverkehrsordnung â∏∏ StVOVwV â∏∏ vom 19.03.1992 zu § 46 Abs. 1 Nr. 11 StVO).

Die Klägerin gehört nicht zu dem in der Verwaltungsvorschrift zur StVO ausdrþcklich genannten Personenkreis. Ihre Gehfähigkeit ist aber so stark eingeschränkt, daÃ☐ sie nach Auffassung der Kammer mit der dargestellten Personengruppe vergleichbar ist.

Eine Gleichstellung erfordert vorrangig, dass bei dem Behinderten, der die Anerkennung als auÄ ergewÄ hnlich gehbehindert anstrebt, in funktioneller Hinsicht eine EinschrĤnkung vorliegt, die ebenso schwerwiegend ist, wie bei dem ausdrĽcklich bezeichneten Personenkreis. Der Leidenszustand muÄ also ebenfalls wegen einer auÄ ergewÄ hnlichen Behinderung beim Gehen die Fortbewegung auf das Schwerste einschrĤnken (BSG vom 13.12.1994 â 9 RVs 3/94 -; BSG vom 17.12.1997 â 9 RVs 16/96 -). Der KlĤgerin muÄ der unausweichliche FuÄ weg zwischen einem ordnunsgemĤÄ haltenden oder parkenden Fahrzeug und dem angestrebten Ziel in Ĥhnlicher Weise auÄ erordentlich schwerfallen. Dabei ist zu beachten, daÄ jede Ausweitung des Kreises der Berechtigten sich nachteilig auf den zu schĽtzenden Personenkreis auswirken wļrde, denn innerstĤdtische ParkflĤchen kĶnnen nicht beliebig vermehrt werden (BSG vom 29.01.1993 â 9 RVs 4/90 -; BSG vom 17.12.1997 a.a.O.).

Die Klägerin leidet an einer schweren rheumatischen Arthritis, die fÃ⅓r sich einen GdB von 80 bedingt. Es bestehen radiologisch nachgewiesene schwere Veränderungen sowie synovitische Schwellungen der Kniegelenke, Bewegungseinschränkungen der oberen Sprunggelenke, arthritische Veränderungen der Knöchelgelenke, der Zehengelenke und der FÃ⅓Ã□e. Erhebliche Schwellungen und Bewegungseinschränkungen bestehen zusätzlich an den Schulter-, Ellenbogen- und Handgelenken sowie in den Fingergelenken bei

entsprechenden röntgenologischen Veränderungen. Trotz regelmäÃ∏ig starker rheumatischer Medikamentation leidet die Klägerin permanent unter starken Schmerzen, Gelenkentzündungen und Schwellungen. Der Gang zu ebener Erde ist nur hinkend unter Zurhilfenahme von Gehstützen möglich. Dabei wirkt zusätzlich erschwerend, daÃ∏ die notwendige Zurhilfenahme von Unterarmgehstützen ebenfalls kaum möglich ist, da auch der Bereich der oberen Extremitäten stark durch die Psoriasis-Arthritis betroffen ist. Die Klägerin kann ohne fremde Hilfe lediglich eine Gehstrecke von 20 bis 30 m zurücklegen, wobei alle Bewegungen unter Schmerzen ausgeführt werden. Damit ist die Klägerin zwar nicht zwangsläufig an einen Rollstuhl gebunden, allerdings ist die Benutzung eines Rollstuhles zur Fortbewegung dringend geboten. Da die Klägerin ebenso wie die Vergleichsgruppe der Doppeloberschenkel- oder Doppelunterschenkelamputierten oder Querschnittsgelähmten ohne Hilfsmittel nahezu fortbewegungsunfähig ist, ist ihre Gehfähigkeit im gleichen MaÃ∏e auf das Schwerste eingeschänkt.

Mit dieser Feststellungen zum Gesundheitszustand der Klägerin folgt die Kammer den schlüssig begründeten Ausführungen des Sachverständigen. Dieser ist als erfahrener Facharzt aufgrund eingehender Untersuchung, ausführlicher und sorgfältiger Anamnese- und Befunderhebung unter Berücksichtigung der zum Untersuchungszeitpunkt vorliegenden medizinischen

Unterlagen sowie unter Beachtung der Anhaltspunkte für die ärztliche Gutachtertätigkeit im sozialen Entschädigungsrecht und nach dem Schwerbehindertengesetz 1996 zu der von ihm vorgenommenen Bewertung gelangt. Die Kammer hatte daher keine Bedenken, das Gutachten des gerichtlichen Sachverständigen zur medizinischen Grundlage ihrer Entscheidung zu machen.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 SGG</u>.

Erstellt am: 28.09.2003

Zuletzt verändert am: 23.12.2024